

**Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion
zum Haushalt der Gemeinde Jüchen 2012**

**Die Wünsche der Bürger sind größer als die Mittel,
die sie dafür bereit stellen.**

**Dr. Holger Tesmann, Fraktionsvorsitzender
Ratssitzung am 1. März 2012**

Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Zillikens,
meine sehr geehrten Damen und Herren im Rat und in der Verwaltung!**

Die **materielle Wertschöpfung** in unserer Gesellschaft wird durch einen kaum durchschaubaren Regelmechanismus, der sich Markt nennt, verteilt. Das Ergebnis ist allerdings eindeutig: In den letzten Jahrzehnten öffnete sich die **Schere der Verteilung** zwischen dem Staat (über Steuern und Abgaben), den Arbeitnehmern (über Lohn, Gehalt und Transfereinkommen) und den Kapitaleignern (über Gewinn, Zins und Dividende) immer mehr einseitig zu Gunsten der Kapitaleigner und zu Ungunsten von Staat und Arbeitnehmern.

Und da das Geld weniger für die Realwirtschaft und die sozialen Belange der Gesellschaft eingesetzt wurde, sondern vielmehr im globalen Finanzkasino, musste sich die Gesellschaft in unerhörtem Ausmaß öffentlich verschulden. Die bereit gestellten Mittel reichten nicht mehr aus, um die Wünsche und Notwendigkeiten der Bürger zufrieden zu stellen

Ein dereguliertes Finanzsystem bricht 2008 aufgrund seiner unproduktiven Spekulationshybris zusammen und verschärft die Verschuldungskrise der staatlichen Haushalte.

Inzwischen schlagen die Konsequenzen der globalen Finanzkrise und der europäischen (auch der deutschen!) Haushaltskrisen bis auf die kommunale Ebene durch.

Herr Bürgermeister, Sie haben in einer bemerkenswerten Rede zum Haushalt 2012 diesen Zusammenhang zwischen europäischer Haushaltskrise und Krise der Kommunalfinanzen dargestellt. Sie warnen vor der Überschuldung der Gemeinde, dem absehbaren Verlust des gesamten Eigenkapitals. Sie stellen kurz und bündig fest (Zitat):

„Wenn es um systemrelevante Banken geht, ist der Bund ohne Zögern bereit, innerhalb von Tagen Milliarden locker zu machen. Gleichzeitig sieht er tatenlos zu, wie wir an den sozialen Laster regelrecht zerbrechen, die uns der Bund selbst auferlegt hat.“

Nicht nur die erhöhte Kapitalisierung der Banken zur Abfederung ihrer kommenden Verluste wird zu einer Steigerung der Kreditzinsen für die Kommunen führen. Schon heute bewerten Banken die kommunale Finanzkraft, steuern danach ihre Kreditpolitik und deckeln oder verweigern gar Kredite für die finanzschwachen Kommunen. Für die Kreditvergabe wird aber zukünftig die Attraktivität der Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort ein bedeutender Faktor sein.

Was mir völlig unverständlich ist:

Sie wollen verhindern, dass **Ihre Rede, Herr Bürgermeister**, öffentlich gehalten, auch **öffentlich gemacht** wird. Sie wird trotz unserer Nachforderung nicht einmal der Niederschrift des Rats beigefügt, wie es sein sollte. Wozu dieses Versteckspiel? Haben Sie Angst vor Ihrer eigenen Courage bekommen? Haben Ihnen diejenigen, die hier im Rat die freie Rede nach Dauer - und möglichst auch nach Inhalt - auf den eigenen Verständnishorizont beschränken wollen: haben Ihnen diese Scheuklappendemokraten mit dem nackten Zeigefinger gedroht?

Jedenfalls haben wir Ihre Rede auf unserer Internetseite (www.spd-juechen.de) inzwischen publik gemacht.

Sie haben doch Recht damit (Zitat):

„...dass Land und Kommunen nicht in der Lage sind, die strukturelle Ursache der kommunalen Finanzmisere zu beseitigen. Ohne weitere Hilfen des Bundes haben wir keine Chance.“

Die CDU/FDP-Koalition bringt im Bund nicht - wie es das Konnexitätsprinzip verlangt - die Sozialkosten auf, die sie der Gemeinde aufbürdet. Stattdessen will sie lieber die Steuern senken, um die FDP-Wähler zu bedienen. Das ist der erste Grund, weshalb wir Sozialdemokraten vor Ort uns gegen kommunale Steuererhöhungen aussprechen.

Bevor ich nun zu den eigentlichen Haushaltsproblemen komme, möchte ich eine Fußnote in der Haushaltsdebatte ansprechen, die für die Haushaltslage völlig unbedeutend ist. Sie ist aber umso bedeutender für die **politische Kultur in unserer Gemeinde**. Diese Fußnote heißt „Bürgerbus“. Sie könnte als kabarettistisch-spaßige Einlage in der Debatte dienen, wenn sie nicht so traurig wäre. Aber gerade das macht eben ihre Komik aus.

Seitdem im Hauptausschuss im Mai 2008 das **Bürgerbus-Projekt** zum ersten Mal diskutiert wurde, vertagte man das Thema in den folgenden drei Jahren sieben Mal von Ausschuss zu Ausschuss zu Rat immer wieder. Der Bürgerbus-Verein hatte von Anbeginn eine Einladung an alle zur Mitarbeit ausgesprochen. Sie wurde leider nicht angenommen. Immer neue Bedenken und Anforderungen wurden vorgebracht oder alte trotz Erledigung ständig wiederholt. Aus heutiger Sicht war es eine reine Verschlepptaktik in der Erwartung, der Verein würde schon von selbst erlahmen.

Dabei hat wohl keiner der 100 Bürgerbus-Vereine in NRW jemals ein so detailliert ausgearbeitetes Konzept vorgelegt wie der Verein in Jüchen Anfang 2011. Und doch musste er sich vom Ratskollegen Esser (CDU) im Hauptausschuss März 2011 den Vorwurf gefallen lassen, es fehle ein konkretes Gesamtbedarfskonzept. Es war zum Weinen oder Lachen. Der Geschäftsführer des Vereins, der wesentlich an der Aufbauarbeit und Konzeptentwicklung mitgewirkt hatte, trat daraufhin aus Frustration zurück. Er wollte sein ehrenamtliches Engagement nicht auf diese Weise vergeuden lassen.

Bürgermeister Zillikens blieb halbherzig und beklagte später scheinbar bedauernd, der Verein habe damals das Zeitfenster für die Akzeptanz verpasst. Tatsächlich? Das klingt ja so, als ob der Bürgerbus für Leute gedacht sei, die gerne einen Bus lenken. Aber die **Grundsatzentscheidung der Gemeinde** für einen Bürgerbus hängt nicht im Geringsten von der Besetzung einer Geschäftsführerrolle ab.

Wenn überhaupt ein Zeitfenster verpasst wurde, dann von der Gemeinde. Sie verpasste eine Chance, die **Mobilität der Bürger** mit dem Bürgerbus zu verbessern bei mittelfristig geringeren Kosten als mit dem Anrufsammeltaxi.

Ach, das **Anrufsammeltaxi** (AST)! Herr Dederichs (Grüne), der Unternehmer, schützte dessen Bestand anfangs vor dem ehrenamtlichen Zugriff des Bürgerbusses. Als man sich mit Hilfe des Bürgermeisters dennoch darauf verständigte, das AST als freiwillige Leistung durch den Bürgerbus abzulösen, wollte Herr Dederichs das AST lieber gleich ganz abschaffen. Das Komische ist, dass er den Widerspruch bei sich gar nicht bemerkte. Dann verlangte er, der Unternehmer, dass die Gemeinde für den Zuschuss zur Bus-Anschaffung im Haushalt auch Abschreibungen und Rückstellungen ausweisen sollte. Praxisfremder geht es nicht.

Wahrhaftig: Kein Argument war zu dürftig, als dass es nicht an den Haaren herbeigezogen wurde.

Herr Hommel (FWG) stellte am Ende aller Diskussionen dieselben zehn schlaun Fragen wie am Anfang. Er hatte das seit einem Jahr vorliegende Konzept offensichtlich nicht gelesen, denn darin war alles bereits beantwortet. Er war erkennbar nicht der einzige im Rat und in den Ausschüssen, der in dieser Weise „mitdachte“ nach dem selbstbewussten Prinzip: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.“

Herr Thelen (FDP) kannte die statistische Zahl von 2,2 Autos pro Haushalt in der Ortschaft Damm. Das ist bestimmt viel. Er weiß zwar nicht, welche Zahlen beim Korschenbroicher Bürgerbus für die Orte Kleinenbroich oder Glehn gelten. Aber daraus kann er schließen, dass kein Jüchener Bürger im eigenen Bürgerbus mitfahren würde.

Herr Tillmann (CDU) sah ebenfalls keinen Bedarf. Er hatte einmal den Korschenbroicher Bus leer und einmal mit der Frau des Fahrers als Fahrgast gesehen. Damit konnte er die Tatsache, dass 2011 etwa 4900 Fahrgäste befördert wurden, ignorieren. Denn schließlich kann nicht sein, was nicht sein darf.

Zuletzt blieb nur noch das Problem, die **Wirtschaftlichkeit** des Fahrbetriebs sicher zu stellen. Das wurde mit Recht verlangt, und das war auch das Bestreben des Vereins. Der Korschenbroicher Bus,

der mit Sponsorenhilfe heute bereits nach dem zweiten Jahr kostendeckend fährt, durfte aber für die Ratsmehrheit kein Vorbild sein. Die Grundlage für eine erfolgreiche Sponsorensuche ist nun einmal, dass die Gemeinde **mit einer Ausfallbürgschaft** ihre Absicht erklärt, einen Bürgerbus zu wollen. Diese notwendige Voraussetzung wurde dem Verein verwehrt.

Wirtschaftlichkeit einzufordern und zugleich die Voraussetzung dafür zu verweigern, das ist schon eine sehr bittere Komik.

So liegt es auf der Hand: Die Ablehnung des Bürgerbus-Projekts durch die CFDGU-Mehrheit und in ihrem Gefolge durch die FWG entsprach einem parteitaktischen Kalkül. Präziser: Es ist **parteilpolitische Missgunst zum Schaden für die Gemeinde**. Niemand hat das klarer ausgedrückt als ein Mitglied ausgerechnet der CDU-Ratsfraktion, das mir gegenüber erklärte: „Der Bürgerbus ist eine sehr gute Idee – nur leider von der falschen Partei.“

So endete mit Ratsbeschluss
die komische Ballade vom Bürgerbus.

Meine Damen und Herren,
mit dem **Einbruch der Gewerbesteuer** in 2011 um 10 Mio € sind alle Träume ausgeträumt. Der Grund für den Einbruch ist nicht etwa eine Schwankung der Konjunktur, wie fälschlicherweise von der Verwaltung an die Presse gemeldet wurde. Alle Kommunen im Rhein-Kreis Neuss können ihre Planansätze der Gewerbesteuer in 2012 steigern, nur Jüchen und Grevenbroich müssen sie senken um 40% und mehr.

Der Grund: Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) können die vom Bund erhobene Brennelementesteuer als Betriebskosten (!) vom Gewinn absetzen – eine einzigartige Konstruktion, mit der sich der Bund Einnahmen verschafft auf Kosten der Kommunen mit EVU-Standorten! Noch bei den Gesetzes-Beratungen im Bundesrat wurde in Aussicht gestellt, die Mindereinnahmen der Kommunen an Körperschafts- und Gewerbesteuern durch eine **Entschädigung** auszugleichen. Aber das steht in den Sternen. Ich denke, es ist angebracht, unverzüglich eine Interessengemeinschaft der EVU-geschädigten Kommunen zu gründen, um ihrer Forderung beim Bund Nachdruck zu verleihen.

Ohne eine Entschädigung können wir in Jüchen jedenfalls den erlittenen Ertragseinbruch nicht in 10 Jahren ausgleichen. Dass die Gemeinde laut Planung statt heute 6 Mio € in 2020 Gewerbesteuern in Höhe von 21 Mio € einnehmen wird, glaubt kein Mensch. Nur der Landrat muss es glauben, weil das geltende Prognoseverfahren es so ausrechnet. Aber dem sind gerade die realen Voraussetzungen weggebrochen.

Diese Erkenntnis traf die CDU und FDP wie ein Blitz. Plötzlich saßen Sie, meine Damen und Herren, mit ihrer bisherigen Unbekümmertheit auf Grund wie die „Costa Concordia“. Und Ihre Reaktion war genauso kopflos wie auf dem unglücklichen Schiff. Panikartig griffen Sie nach allem, was nur eines gewährleisten konnte: bloß kein nicht-genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept (HSK), bloß kein Nothaushaltsrecht. Eine kühl rechnende **Strategie der Konsolidierung** für die nächsten acht Jahre steht nicht dahinter.

Strategie ist für Sie, Herr Kollege Esser, leider immer noch ein Fremdwort. Um eines kurzfristigen Vorteils Willen wird von Ihnen der langfristig höhere Erfolg mit pauschalen Rundumschlägen aufs Spiel gesetzt. Ich habe keine Sorge, dass Sie die jetzt geplanten Erträge einfahren werden. Denn wie heißt es so schön: „Wer im Dunklen rumballert, trifft immer ins Schwarze.“

Also heißt es eben: Steuern hoch, Personal streichen, höhere Kostenbeteiligung der Bürger einerseits ja und andererseits auch wieder nein. Da geht es bei den Beschlüssen im Haushaltssicherungskonzept „stop and go“, „hü und hot“! Das „stop“ ist immer dann angesagt, wenn besondere Klientelinteressen betroffen sind oder die SPD einen konstruktiven Vorschlag macht wie bei der Verkleinerung des Rats, der Ausschöpfung der Eigenkapitalverzinsung, der Gebühren für die Gewässerunterhaltung, der notwendigen Anpassung der Straßenbaubeiträge.

Diese HSK-Vorschläge allein summieren sich zu einem größeren Betrag, als Sie mit den Steuererhöhungen und Ihrer desaströsen Personalkürzung einbringen wollen.

Die Empfehlungen der **Gemeindeprüfungsanstalt (GPA)** lösen bei Ihnen nicht Nachdenklichkeit, sondern Wut und Überheblichkeit aus. Sie wollen sich am liebsten die Kosten der GPA, besser noch die ganze GPA selbst, sparen. Wir plädieren dafür, die neuerlichen 50 Empfehlungen zur Strukturverbesserung der Verwaltung und des Haushalts ernst zu nehmen. Sie sollen Punkt für Punkt abgearbeitet und wo immer möglich auch umgesetzt werden.

Ich weiß sehr wohl, dass auch die GPA der Gemeinde Steuererhöhungen empfiehlt. Aber ist das strategisch richtig?

- Seit mehr als 5 Jahren gelingt eine Gewerbeansiedlung an der Robert-Bosch-Straße nicht. Wird das leichter, wenn man die Gewerbesteuer erhöht?
- Im Auenfeld hat die Gemeinde die Grundstückspreise gesenkt, um sich dem Markt auch für Familien mit schwächeren Einkommen anzupassen. Ist es förderlich, dafür nun die Grundsteuer B zu erhöhen?
- Die CFDGU-Ratsmehrheit verwehrt den Landwirten eine Biogasanlage als neue Einkommensquelle. Soll die Erhöhung der Grundsteuer A für sie ein Ausgleich sein?

Im harten **Wettbewerb der benachbarten Kommunen** muss eine zielbewußte Strategie langfristig zuverlässig sein, um die Grundlagen für den zukünftigen Erfolg zu legen. Mit Ihren Steuererhöhungen können Sie kaum ein Dreißigstel des Einnahmerückgangs ausgleichen. Sie zerstören aber die größere Attraktivität für die Ansiedlung von Familien und Gewerbe.

Jüchen darf nicht mit **an der Spitze der Besteuerung** im Umfeld der benachbarten Kommunen liegen. Das ist der zweite Grund, warum wir die Erhöhung der kommunalen Steuern ablehnen.

Wir Sozialdemokraten wollen freiwillige Leistungen auf allen Feldern des Gemeindelebens. Wir wollen sie an der **Finanzkraft der Gemeinde** ausrichten, die es zu stärken gilt. Was aber die Finanzkraft und eine kontrollierte Verschuldung für die gesellschaftlichen Grundaufgaben nicht leisten können, das muss von den jeweiligen Nutznießern aufgebracht werden. Für die SPD stehen dabei die soziale Ausgewogenheit, die Priorität für Kinder, Familien und Senioren im Vordergrund.

Der Haushalt 2012 soll verabschiedet werden mit einem Defizit von 9 Mio € In gleicher Höhe wird das Defizit für 2013 erwartet. Dieses Ausmaß ist noch nie da gewesen, wie Sie in Ihrer Etatrede, Herr Bürgermeister, richtig anmerkten. Wenn man sich die Liste der Maßnahmen im **Haushaltssicherungskonzept (HSK)** kritisch ansieht, dann schrumpfen die ursprünglich 44 Positionen auf 18 zusammen. Das Ergebnis der Einsparungen ist mager: 370 000 € in 2012. Die freiwilligen Leistungen summieren sich zu 1,75 Mio € knapp 80 000 € weniger als im Vorjahr. In dieser Aufzählung soll nicht einmal ein Vorwurf liegen.

Aber bei jeder Diskussion dieser Zahlen wird uns die Frage gestellt: Wo soll denn sonst noch eingespart werden? Welche Schulen, Sportanlagen etc sollen denn wohl geschlossen werden, he?! Ein zynisches Totschlag-Argument. Die erhöhte **Beteiligung der Bürgerschaft** an den Kosten der gemeindlichen Leistungen ist nach Lage der Dinge unumgänglich. Die Ernsthaftigkeit der eigenen Anstrengungen ist unter Beweis zu stellen, um damit wohlfeilen Vorhaltungen des Landrats den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Aber die notwendigen **Anpassungen in den Grundstrukturen** werden durch den demografischen Wandel erzwungen. So ist es geschehen in der Schullandschaft. Jüchen kann stolz darauf sein, als erste Kommune im Kreis eine Sekundarschule zu bekommen. 21 Gesamtschulen und 50 Sekundarschulen wurden in NRW inzwischen genehmigt. Das wurde möglich, weil der 50-jährige ideologische Schulkrieg aus Mangel an Schülern mit dem nordrheinwestfälischen Schulfrieden zu Münster 2011 beendet wurde.

Die gesamte **Verschuldung der Gemeinde** steigt wieder auf 59 Mio € in 2012. Allein 15,5 Mio € davon sind Kassenkredite der defizitären Haushalte 2011/12. Selbst wenn wir einmal hypothetisch die Soziallasten, die Bund/Land übernehmen müssten (geschätzt 4 Mio €a) und den Ost-Soli (0,73 Mio €a) beiseite stellen, wenn wir wieder Schlüsselzuweisungen von 1 – 2 Mio €a erhielten, wenn die Aufwendungen trotz inflationärer Steigerung (ca. 1 Mio €a) konstant blieben und wir zusätzlich im HSK wie geplant ca. 0,9 Mio €a einsparen könnten: Es bliebe immer noch ein Rest von etwa 7 Mio €, der den originären **Kern des Strukturproblems im Jüchener Haushalt** bildet. Das ist etwa die Größe der Ausgleichsrücklage. Mit ihrer Wiederauffüllung kann gerade ein realer Haushaltsausgleich, aber noch längst nicht ein Schuldenabbau erreicht werden.

Jüchen muss dieses originäre Strukturproblem selbst angehen und darf nicht auf eine bessere Konjunktur warten. Ich kann das romantische Gesäusel von den „sprudelnden Steuerquellen“ nicht mehr hören. In keiner Phase der letzten Jahrzehnte hat das sog. Sprudeln zu einem nennenswerten Schuldenabbau oder auch nur zu einem Haushaltsausgleich bei Bund, Land oder Kommunen geführt. Waren Sie einmal, Herr Esser (CDU) und Herr Altenberg (FDP), am Teide auf Teneriffa oder am Ätna auf Sizilien? Da können Sie ein Bild davon gewinnen, wie die **Lava der Schuldenentwicklung** jedes gesellschaftliche Leben samt sprudelnden Quellen erstickt.

Nein, die Rettung liegt allein in einer **langfristigen Entschuldungsstrategie**. Sie basiert auf einer professionellen Wirtschaftsförderung zur Ansiedlung von Gewerbe, auf einer nachhaltigen Stadtentwicklung zur Förderung des Zuzugs und auf einer effizienten Verwaltung, die alles das und einiges mehr leisten kann.

Diesen Zielen müssen alle Maßnahmen gerecht werden. Und weil dieser Haushalt das in wesentlichen Punkten (Steuererhöhungen, Personaleinschnitte) nicht tut und Parteitaktik ihn lähmt (Bürgerbus und andere HSK-Maßnahmen), lehnt die SPD ihn ab.

Stichwort Personal:

Willkürliche Personaleinschnitte in der Verwaltung, nur um dem Nothaushaltsrecht zu entkommen, sind Gift für die Entwicklung der Gemeinde. Die SPD fordert den Bürgermeister auf, den eingeschlagenen Weg in der Personalpolitik unbeirrt fortzusetzen. Und das heißt:

- Neuorientierung der Aufgabenbeschreibungen unter Ausnutzung der normalen Fluktuation.
- Weitere Konzentration der Zuständigkeiten, Straffung der Arbeitsabläufe und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit in den Produktbereichen.
- Ausbau der Hard- und Software-Systeme in der Verwaltung.
- Ausbau der Handlungsfähigkeit der Verwaltung durch attraktive Einstellungsbedingungen
- Qualifizierung auf allen Verwaltungsebenen, insbesondere im Bereich der Stadtplanung, der Wirtschaftsförderung und des technischen Managements.

Wir sind hocherfreut, dass endlich nach 8 Jahren unsere Forderung erfüllt wird, die **Wirtschaftsförderung** in einer hauptamtlichen professionellen Hand zu konzentrieren. Besser spät als nie. Wir begrüßen Sie, Frau Weidemann, herzlich. Sie werden mit dem Einzelhandelskonzept, der Gewerbeansiedlung an der Robert-Bosch-Straße, der Vermarktung von Grundstücken und Immobilien, der Bestandspflege der hier angesiedelten Firmen und dem Aufbau eines Netzwerks von Kontakten, Informationsflüssen, Recherchen und Initiativen, die dem Zufall eine Chance geben, alle Hände voll zu tun haben.

Ich möchte noch einige Aufgaben dazu packen: Ein neues Nutzungskonzept für die Bürgerhäuser und Haus Katz, um die Betriebskosten zu senken; eine aktive Hilfestellung zur Beseitigung von Leerständen im Gewerbe; eine alternative Beratung der Investoren, die es sich mit der Errichtung von Spielhallen möglichst einfach machen wollen.

Stichwort Stadtentwicklung: Die Gemeinde muss sich angesichts der demografischen Entwicklung sehr bald klar darüber werden, mit welcher Priorität sie die Altbestandsanierung, die Schließung von Baulücken und die Entwicklung eines Neubau-Gebiets Jüchen-West angehen will.

Das beschlossene **Werkstattverfahren unter Bürgerbeteiligung** zur Revitalisierung des Adenauerplatzes in Hochneukirch ist ein Anfang. Wir haben es vor bald 3 Jahren vorgeschlagen. Die langfristig angelegte Überplanung in den sanierungsbedürftigen Teilen des Zentrums Jüchen muss folgen. Dabei geht es um Zuschnitte und Zusammenlegung von Grundstücken; Vorkaufsrechte; Gestaltungssatzungen; Formulierung einer Wohnungspolitik mit Wohn-Ensembles für Senioren und Familien; Verkehrsberuhigung und Fußläufigkeit; Zusammenlegung von gewerblichen Angebotsflächen auch im Kontext der Umsetzung des Einzelhandelskonzepts.

Soll das etwa ohne den weiteren personellen Ausbau der Stadtplanung in der Verwaltung gelingen?

Stichwort Technik-Management:

Schauen Sie einmal auf die Internetseite der Stadt Korschenbroich. Korschenbroich hat nicht nur einen gut laufenden Bürgerbus. Es hat auch ein erfolgreiches Energie- und Klimaschutzkonzept mit einem fähigen technischen Gebäudemanagement. Ein Arbeitskreis Klimaschutz bringt Verwaltung, Politik und Verbände zusammen, um laufend an Verbesserungsmöglichkeiten zu arbeiten. 60% des Elektrizitätsbedarfs von Korschenbroich werden mit erneuerbaren Energien (Windkraftanlagen, BHKW, Photovoltaik) bestritten. Seit 2007 ist eine Bürgersolaranlage in Betrieb, die jährlich etwa 6 MWh Strom erzeugt.

Ein ähnliches Jüchener Vorhaben ist ja gerade erst kurz vor der Geburt gestorben. Die Rahmenbedingungen hatten sich dank einer Feinabstimmung der Bundesminister Röttgen (CDU) und Rösler (FDP) urplötzlich geändert. Wie schon so häufig, startete Jüchen zu spät.

Dennoch, der Ansatz ist sehr gut. Die Jüchener Sozialdemokraten wollen das Thema „**Energie und Klimaschutz**“ in der Gemeinde zu einem Schwerpunkt machen. Das demnächst vom Landtag verabschiedete Klimaschutz-Gesetz NRW verlangt Konsequenzen auf allen Ebenen. Wir fordern, dass der Rhein-Kreis Neuss ein Klimaschutzkonzept für den Kreis entwickeln soll. Er soll die erforderlichen statistischen Daten zusammentragen (Status, Bedarf, Potenzial) und die Konzeptentwicklung in einer Leitstelle koordinieren. Sehen Sie sich dazu im Internet das Portal www.kommunal-erneuerbar.de und das Klimaschutzkonzept des Landkreises Osnabrück an.

Was muss aber in Jüchen von wem mit welchem Ziel getan werden? Das braucht eigene technische Expertise, die die Gemeinde nicht hat.

Ein bisschen Energieberatung gibt es hier seit vielen Jahren. Andererseits: Ein **Energiespar-Contracting für das Schulzentrum**, das auf Antrag der SPD vor über 4 Jahren geprüft oder auch nur von einem Experten erläutert werden sollte, wurde von der Mehrheit damals abgelehnt. Zwei Jahre später wurde nach einer Studie der NVV AG ein Contracting empfohlen. Und als es dann näher geprüft wurde, stellte sich 2010 heraus, dass das **Blockheizkraftwerk (BHKW)** dazu nicht mehr taugte. Nach knapp 10 von etwa 15 Jahren Laufzeit war es ohne Wartungsvertrag einfach technisch verrottet. Seine konzeptionelle Einbindung ist unzureichend. Es besitzt nicht einmal einen Wärmemengenzähler, um die Heizkosten für das Hallenbad abzurechnen. Für die Instandsetzung sind zunächst 185 000 € angesetzt. Das ist mehr, als Sie mit Ihrer pauschalen Personalkürzung einsparen wollen, Herr Ratskollege Esser.

Die Gemeinde muss solche Fehler zukünftig vermeiden. Sie muss sich ein ehrgeiziges technisches Programm vornehmen, um auf die Höhe der Zeit zu kommen. Dazu soll sie für vielleicht 50 000 €a einen Diplom-Ingenieur einstellen und an anderer Stelle Personalkosten reduzieren. Das spart Geld.

Fazit:

Die letzten Jahre waren schwierig und die zukünftigen werden noch schwieriger sein. Trotz des Bürgerbus-Desasters möchten wir Sozialdemokraten die im Rat herrschende parteipolitische Phimose beheben. Schon wieder ein Fremdwort, Herr Kollege Esser (Wenn Sie nicht wissen, was es bedeutet, fragen Sie bitte Ihren Hausarzt).

Ich setze unverdrossen darauf, dass Rat und Verwaltung die Beiträge und Vorschläge aus meiner Fraktion zukünftig unvoreingenommen aufnehmen. Prüfen Sie unsere Initiativen konstruktiv und integrieren Sie sie in ihre eigenen Konzepte. Wir können es **am besten gemeinsam** schaffen.